

Wahlprüfstein DIE LINKE

Bündnis Selbstbestimmung in der Medizin
Am Hessenberg 34
58313 Herdecke

Selbstbestimmung in der Medizin

1. Wie fördert Ihre Partei den seit 1976 im deutschen Gesundheitswesen verankerten Methodenpluralismus in der Medizin?

DIE LINKE setzt sich für ein Gesundheitssystem mit einem ganzheitlichen Gesundheitsansatz ein. Darin müssen neben der schulmedizinischen Versorgung auch die Prävention und alternative Heilformen berücksichtigt werden. Für DIE LINKE ist von besonderer Bedeutung, dass alternative Heilformen nicht nur den begüterten Menschen zur Verfügung stehen, sondern allen Bürgerinnen und Bürgern. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist die Erforschung der Wirksamkeit der Verfahren und die Entwicklung geeigneter Bewertungsverfahren für alternative Heilformen.

2. Unterstützt Ihre Partei unser Anliegen, Experten der gesetzlich anerkannten „besonderen Therapierichtungen“ im Gemeinsamen Bundesausschuss (G-Ba) mitwirken und mitentscheiden zu lassen?

Diese Forderung würde DIE LINKE gerne unterstützen, wenn es denn möglich wäre, sich auf Experten der "besonderen Therapieverfahren" zu einigen. Diese Einigkeit sehen wir bisher nicht. Eine Ausweitung des Entscheidungsgremiums würde die Arbeitsfähigkeit des GBA beeinträchtigen. Zu prüfen ist, ob von Seiten der delegierten Ärztinnen und Ärzte die besonderen Therapierichtungen mit eingebunden werden können.

3. Setzt sich Ihre Partei für die volle Verfügbarkeit der Arzneimittel der „besonderen Therapierichtungen“ ein? Falls nein, warum nicht?

DIE LINKE fordert, sämtliche Zuzahlungen für medizinische und therapeutische Behandlung aufzuheben. Die Rezeptgebühr muss abgeschafft werden. Alle komplementärmedizinischen Präparate, deren Wirksamkeit nachgewiesen ist, sollen von den Krankenkassen erstattet werden. Für die Arzneimittel von „besonderen Therapierichtungen“ müssen geeignete Verfahren für die Zulassung entwickelt werden. Es ist nicht sinnvoll, diese mit herkömmlichen Medikamenten über einen Kamm zu scheren.

4. Was plant Ihre Partei für die Wiedereinführung der vor 2004 gewährten Erstattung der nichtverschreibungspflichtigen Arzneien zu tun?

Als Oppositionspartei haben wir den Antrag gestellt, die Zuzahlungen für Medikamente aufzuheben. Die Abschaffung der Erstattungsfähigkeit für nichtverschreibungsfähige Medikamente halten wir für falsch und haben deren Rücknahme gefordert.

5. Wird Ihre Partei für eine gerechtere Verteilung der staatlichen Forschungsgelder sorgen, so dass in Zukunft auch die „besonderen Therapierichtungen“ den ihr zustehenden Anteil erhalten?

Die Arzneimittelforschung muss unabhängig werden! Deshalb setzt sich DIE LINKE dafür ein, pharmaunabhängige Forschung an den Universitäten auszubauen. Dies schließt auch die komplementärmedizinische Forschung ein.